# Audi-Chef Döllner auf Trumps Wahlkampfbühne

geschrieben von Redaktion | 27. Oktober 2026

## Milliardenankündigung in Georgia, Empörung in Wolfsburg – und ein Vorgang, der Audis eigenen Compliance-Regeln widerspricht – Gastbeitrag von Walter Flammuth

Zehn Tage vor den US-Kongresswahlen lässt Audi-Chef Gernot Döllner zu, dass Präsident Donald Trump auf einer republikanischen Kundgebung in Georgia das erste Audi-Werk in **den USA verkündet – und tritt anschließend selbst ans Pult, um sich bei Trump zu bedanken. Betriebsrat, IG Metall und SPD werfen dem Volkswagen-Konzern Wahlkampfhilfe vor. Der heikelste Punkt ist ein interner: Audis eigene Richtlinien untersagen öffentlich wirksame Termine mit zur Wahl stehenden Parteien und Politikern in den letzten drei Monaten vor einer Wahl. Unterschrieben hat sie im April 2026 der gesamte Vorstand – Döllner an erster Stelle.**

**DIE KERNAUSSAGEN IN KÜRZE –** Am 24. Oktober 2026 tritt Döllner auf einer Wahlkampfkundgebung der Republikaner in Perry (Georgia) auf und dankt Trump auf der Bühne – zehn Tage vor den Midterms am 3. November. – Angekündigt wird das erste Audi-Werk in den USA: rund 4,2 Mrd. Dollar, bis zu 200.000 Premium-SUV jährlich bei Macon (Georgia), rund 4.500 Jobs, Baubeginn 2027. – Kritik: VW-Gesamtbetriebsrat Cavallo („klarer Verstoß"), IG-Metall-Chefin Benner („höchst peinlich, politisch inakzeptabel"), SPD-Politikerin Cademartori („Schande", „Wahlkampfhilfe für einen Autokraten"). – Audis „Booklet of Policies" (April 2026), vom gesamten Vorstand unterzeichnet, verbietet in den letzten drei Monaten vor Wahlen öffentlich wirksame Termine mit zur Wahl stehenden Parteien/Politikern sowie Sponsorings solcher Veranstaltungen. – Nach Wortlaut und Sachverhalt ist der Vorwurf des Regelverstoßes substantiiert. Audi äußert sich nur zur Investition, nicht zur Compliance-Frage. Der VW-Aufsichtsrat hat dem Werk bislang nicht zugestimmt.

## Was geschehen ist

Am Samstag, dem 24. Oktober 2026, tritt Donald Trump in den Guardian Centers of Georgia in Perry auf, rund 40 Kilometer südlich von Macon. Es ist eine Kundgebung der Republikaner im Schlussspurt vor den Zwischenwahlen am 3. November; Trump wirbt für Parteikandidaten, darunter den Gouverneursbewerber Rick Jackson. Vor dem Gebäude parkt ein goldener Audi Q9 mit Herstellerkennzeichen, drinnen spricht der Präsident vor mehreren Tausend Anhängern und kündigt an, „eine riesige Investition im Automobilbereich im großartigen Bundesstaat Georgia durch ein fantastisches Unternehmen" bekanntzugeben: 4,2 Milliarden Dollar (rund 3,6 Milliarden Euro).

Dann ruft er den eigens angereisten Audi-Vorstandsvorsitzenden auf die Bühne – mit einer Bemerkung, die in den sozialen Medien Häme auslöst: „Ich hätte ihn lieber nicht hier oben. Er sieht einfach zu gut aus." Döllner tritt ans Pult, dankt Trump für dessen Unterstützung, kündigt an, „unsere größten und hochwertigsten SUVs" künftig in Macon zu produzieren, und nennt das Projekt eine langfristige Investition, „weil wir an den amerikanischen Markt glauben". Anschließend schütteln beide Männer auf der Bühne die Hand. C-SPAN überträgt live, die Bilder gehen um die Welt. Nach US-Medienberichten holt Trump auch weitere Audi-Manager auf die Bühne, darunter Vito Paladino, Präsident von Audi North America.

Trump verbucht das Projekt ausdrücklich als Erfolg seiner Zollpolitik: „Ohne Zölle wären sie nicht gekommen." Er nennt es die „größte Einzelinvestition in der modernen Geschichte der US-Autoindustrie" und verweist auf rund 40 Milliarden Dollar branchenweiter Zusagen und 30.000 Jobs. Die Vereinbarung zum Bau des Werks sei am selben Tag unterzeichnet worden, sagt Döllner später.

## Das Projekt – und die Differenzen

Audi bestätigt die Investition unter der Überschrift „Wachstum in Amerika, für Amerika". Es wäre die erste eigene Fertigung der Marke in den USA; bislang importiert Audi alle US-Fahrzeuge aus Europa und Mexiko. Nach Bloomberg-Informationen sollen in Georgia die Modelle Q7, Q8 und Q9 gebaut werden, zudem will der Konzern das Scout-Werk in Blythewood (South Carolina) um 25.000 Einheiten jährlich erweitern.

| | |
|---|---|
| **Investition** | rund 4,2 Mrd. US-Dollar (ca. 3,6 Mrd. Euro); Audi spricht von „rund vier Milliarden US-Dollar" |
| **Standort** | Middle Georgia Megasite bei Macon, Peach County (Georgia) |
| **Volumen / Jobs** | bis zu 200.000 Premium-SUV pro Jahr; rund 4.500 Arbeitsplätze laut Audi (Trump nennt bis zu 30.000 für die Region) |
| **Zeitplan Audi** | Baubeginn 2027, Produktionsstart Anfang der 2030er-Jahre |
| **Zeitplan Trump** | Baubeginn „im nächsten Monat", also November 2026 |
| **Gegenleistung** | von Döllner nicht beziffert; „für die Größenordnung der Investition übliches Paket" |
| **Genehmigung** | steht aus – das letzte Votum liegt beim Aufsichtsrat der Volkswagen AG |

**Auffällig:** Zwischen Präsident und Unternehmen klaffen Lücken – beim Baubeginn (November 2026 versus 2027) und bei den Jobs (30.000 versus 4.500). Aus Bundesstaat und Landkreis ist zudem ein Zeitplan mit Geländearbeiten 2027, Hochbau ab 2028 und Serienproduktion 2031 zu hören. Die politische Inszenierung war schneller als die industrielle Realität.

# Der politische Kontext

Die Republikaner gehen geschwächt in den 3. November: Umfragen sehen die Partei im Tief, die Mehrheiten in beiden Kammern sind hauchdünn, hohe Lebenshaltungskosten und der Krieg im Iran belasten. Georgia ist einer der Staaten, in denen über die Senatsmehrheit entschieden wird. Eine Milliardenzusage eines deutschen Premiumherstellers, verkündet vom Präsidenten und flankiert vom Audi-Chef, ist in dieser Lage ein Wahlkampfinstrument von erheblichem Wert.

Für Audi rechnet sich das Werk anders. Die US-Zölle auf Autos, Stahl, Aluminium und Komponenten haben das Unternehmen nach eigenen Angaben im vergangenen Jahr rund 1,2 Milliarden Euro gekostet, 2026 dürfte ein ähnlicher Betrag anfallen. Döllner spricht von einem strukturellen Nachteil gegenüber BMW und Mercedes-Benz, die seit Jahrzehnten in den USA fertigen. Der Audi-Absatz dort ist in diesem Jahr um rund 16 Prozent eingebrochen. Ein eigenes Werk steht seit mehr als einem Jahrzehnt auf der Wunschliste, konkret verhandelt wird nach Döllners Angaben seit drei Jahren.

# Die Kritik

Am schärfsten reagiert die VW-Konzernbetriebsratsvorsitzende Daniela Cavallo – in einem internen Interview, das der Deutschen Presse-Agentur vorliegt: *„Etliche Minuten voller Rassismus, Sexismus, Fremdenhass, Transphobie, Verächtlichmachung der Demokratie – und dann tritt einer unserer obersten Konzern-Repräsentanten auf die Bühne und betreibt aktive Wahlkampfhilfe.“* Daniela Cavallo, Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Volkswagen AG

Wer Trumps Rede gehört und wahrgenommen habe, dass Döllner zu einem aktiven Teil der Veranstaltung geworden sei, müsse „vor Scham im Boden versinken“, sagt Cavallo. Ihre Kritik trifft den gesamten Konzernvorstand um Oliver Blume: Dieser habe sich „von einer höchst zweifelhaften politischen Figur, die gegen so ziemlich jeden unserer Unternehmenswerte verstößt, zur Marionette in dessen Propaganda-Show machen lassen“. Dass umgehend Vergleiche zur Geschichte des in der NS-Zeit gegründeten Konzerns gezogen würden, spreche für sich – „ein Spiel mit dem Feuer“. In der Sache verlangt Cavallo, dass zusätzliche Produktion an neuen Standorten auch den bestehenden Standorten im weltweiten Produktionsverbund nützt.

IG-Metall-Chefin Christiane Benner, zugleich stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende von Volkswagen, nennt den Auftritt „höchst peinlich, politisch inakzeptabel und dem Unternehmen, vor allem aber den Audianerinnen und Audianern, nicht würdig“. Döllner habe die eigenen Unternehmensregeln, die politische Neutralität vor Wahlen vorschreiben, „eklatant“ verletzt. Ein IG-Metall-Sprecher ergänzt, es sei „mehr als befremdlich“, wenn sich ein deutscher Autoboss zum Wahlkampfhelfer eines Präsidenten mache, der aus deutschen Autobauern amerikanische machen wolle – zumal Audis eigenes Unternehmen hierzulande

Werke und ganze Regionen infrage stelle. Gegen das Werk selbst wendet sich Benner nicht: Den US-Markt durch eine eigene Fertigung zu erschließen sei „richtig und notwendig“, der Vorstand aber bei verbindlichen Perspektiven für die deutschen Standorte „in der Bringschuld“.

Aus der Politik kommt der härteste Vorwurf von Isabel Cademartori, verkehrspolitischer Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und Co-Vorsitzender der SPD in Baden-Württemberg – dem Bundesland, in dem Audi seinen Standort Neckarsulm betreibt: *„Das ist eine Schande, insbesondere in Anbetracht der Geschichte des VW-Konzerns. Offensiv Wahlkampf für einen Autokraten zu betreiben, der einen Handelskrieg gegen Deutschland führt, ist ein neuer Tiefpunkt für den VW-Konzern.“* Isabel Cademartori, MdB (SPD), 25.10.2026

Cademartori kritisiert doppelt: die Parteinahme und die Investition. Während Beschäftigte in Deutschland um ihre Arbeitsplätze zitterten, verkünde Audi Milliardenzusagen „im politisch besonders umkämpften Bundesstaat Georgia, der entscheidend für die künftigen Mehrheitsverhältnisse im Senat sein wird“. Damit gäben Audi und VW Trumps Strategie recht, „mit einem Handelskrieg Arbeitsplätze auf Kosten Europas in die USA zu holen“. Ihren Verweis auf die VW-Geschichte erläutert sie nicht weiter. Diplomatischer äußert sich ihr Parteifreund Olaf Lies, Ministerpräsident von Niedersachsen und Vertreter des Landes im VW-Aufsichtsrat: Wachstum in Amerika müsse „Arbeit und Wertschöpfung hier sichern und darf sie nicht verdrängen“. Das „Handelsblatt“ spricht in seinem Kommentar von einem „unwürdigen Schauspiel“.

## Die hauseigenen Richtlinien

Der Kern des Vorwurfs ist kein politischer, sondern ein compliance-rechtlicher – und er lässt sich anhand eines öffentlichen Dokuments überprüfen. Im April 2026 hat die AUDI AG ihr „Booklet of Policies“ veröffentlicht, eine Sammlung aller Grundsatzerklärungen des Unternehmens, darunter der Code of Conduct und – im Kapitel „Verantwortungsvolle Kommunikation und Interessenvertretung“ – die „Grundsätze und Leitlinien für politische Interessenvertretung der AUDI AG“. Das Vorwort ist vom gesamten Audi-Vorstand unterschrieben: Gernot Döllner, Dieter Dehoorne, Rouven Mohr, Jürgen Rittersberger, Javier Ros Hernández, Marco Schubert und Gerd Walker. Ort und Datum: Ingolstadt, April 2026.

*„Unsere Mitarbeitenden achten außerdem auf Neutralität im Umgang mit Parteien und Interessengruppen und pflegen den Kontakt zu demokratischen Parteien. Um diesen Grundsatz zu respektieren, werden in den drei letzten Monaten vor Wahlen keine öffentlich wirksamen Termine mit zur Wahl stehenden Parteien/Politiker und keine Sponsorings von entsprechenden Veranstaltungen mehr durchgeführt.“* AUDI AG, „Grundsätze und Leitlinien für politische Interessenvertretung“, Booklet of Policies, April 2026

# Prüfung: Verstößt der Auftritt dagegen?

Audi hat sich zum Vorwurf des Regelverstoßes öffentlich nicht geäußert und verteidigt ausschließlich die Investition. Sanktionsmechanismen beschreibt das Dokument nicht, eine rechtliche Bewertung steht aus. Feststellen lässt sich jedoch: Die Tatbestandsmerkmale der eigenen Leitlinie sind in mehreren Punkten erfüllt.

- **Zeitraum.** Die Kundgebung fand am 24. Oktober statt, die Midterms am 3. November – zehn Tage vorher. Der Termin liegt eindeutig in der Sperrfrist.
- **Anlass.** Es handelte sich um eine Wahlkampfkundgebung der Republikaner mit konkreten Kandidaten für Kongress und Gouverneursamt. Die Leitlinie nennt ausdrücklich „zur Wahl stehende Parteien".
- **Öffentliche Wirksamkeit.** Bühne vor Tausenden Zuschauern, Live-Übertragung, Handschlag, Dankesadresse an den Präsidenten, ein goldener Audi Q9 als Requisit – öffentlicher und öffentlichkeitswirksamer kann ein Termin kaum sein.
- **Eigene Unterschrift.** Döllner hat das „Booklet of Policies" im April 2026 mitunterschrieben, rund ein halbes Jahr zuvor. Betriebsrat und IG Metall erheben den Vorwurf unabhängig voneinander („sicherlich ein klarer Verstoß", „eklatant verletzt").
- **Aktive Rolle.** Döllner sprach, warb für das Projekt und dankte Trump – er lieferte genau das Bild, das dieser im Wahlkampf brauchte. Von der geforderten „Neutralität im Umgang mit Parteien" ist darin nichts erkennbar.

**Dagegen lässt sich einwenden:**

- **Kein Kandidat auf dem Stimmzettel.** Trump selbst stand am 3. November nicht zur Wahl. Wer „zur Wahl stehende Politiker" eng nur auf Kandidaten liest, könnte den Termin mit einem amtierenden Präsidenten für nicht erfasst halten. Der Einwand greift zu kurz: Die Leitlinie nennt Parteien und Politiker kumulativ, und

die Veranstaltung war erkennbar eine Kundgebung einer zur Wahl stehenden Partei.

- **Geltungsbereich Ausland.** Die Leitlinien richten sich ihrem Wortlaut nach an „die Mitarbeitenden der politischen Interessenvertretung“ und sind im Kontext von Lobbyregister und deutschem Parteiengesetz formuliert. Ob sie für Wahlen außerhalb Deutschlands gelten, ist nicht ausdrücklich geregelt. Dagegen spricht, dass das Booklet den globalen Geltungsanspruch betont und der Code of Conduct laut Dokument „für alle Beschäftigten in allen Marken und Gesellschaften – weltweit“ gilt.
- **Respekt vor dem Amt.** Döllner beruft sich auf protokollarische Zwänge. Das erklärt, warum der Termin stattfand – nicht, warum er auf einer Wahlkampfbühne zehn Tage vor einer Wahl stattfand und warum der Vorstandschef dort selbst das Wort ergriff. Ein Termin im Weißen Haus, eine Pressekonferenz ohne Kandidatenwerbung oder eine Mitteilung nach der Wahl wären regelkonforme Alternativen gewesen.

### Zwischenfazit

Nach Wortlaut der unternehmenseigenen Richtlinien und dokumentiertem Sachverhalt ist der Vorwurf des Regelverstoßes substantiiert: Der Termin lag in der Sperrfrist, er war öffentlichkeitswirksam, er fand im Rahmen der Wahlkampfveranstaltung einer zur Wahl stehenden Partei statt, und der Vorstandsvorsitzende hat die Selbstverpflichtung selbst unterschrieben. Audi hat den Vorwurf weder entkräftet noch eingeräumt. Konsequenzen sind nicht bekannt; denkbar ist, dass der Vorgang bei der noch ausstehenden Beschlussfassung des VW-Aufsichtsrats eine Rolle spielt, in dem die Arbeitnehmerseite die Hälfte der Sitze hält.

## Audis Verteidigung

*„Dieser Entscheidung gingen viele Monate sorgfältiger Planung und intensiver Verhandlungen voraus. Wenn der amerikanische Präsident einlädt, nimmt man die Einladung an. Das verlangt der Respekt vor dem Amt und vor dem Land, in dem wir investieren.“* Gernot Döllner, Vorstandsvorsitzender der AUDI AG, 25.10.2026

Es sei ein „sehr spezieller Moment“ und ein „besonderes Set-up, in dem ich mich zu bewegen

hatte“, sagt Döllner über den Bühnenauftritt. Die Entscheidung sei keine gegen Deutschland: Die künftig in den USA gebauten Modelle würden bisher in Bratislava gefertigt. Eine Sprecherin ergänzt, lokale Produktion reduziere Zoll-, Währungs- und Lieferkettenrisiken; ein profitableres US-Geschäft trage zur Auslastung der deutschen Werke bei. Gleichzeitig müsse jeder Standort seinen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit leisten – eine Formulierung, die in Ingolstadt und Neckarsulm als Drohung verstanden werden dürfte. Rückendeckung kommt von Audi-Aufsichtsratschef Manfred Döss: „Wir brauchen den Mut zu investieren.“ VW-Konzernchef Oliver Blume betont, Nordamerika sei fester Bestandteil des Zukunftsplans. Döllner verantwortet im Wolfsburger Konzernvorstand die Markengruppe Progressive mit Audi, Bentley, Lamborghini und Ducati.

## Warum es auch ein Governance-Thema ist

Drei Punkte reichen über den Einzelfall hinaus. Erstens wurde ein Projekt öffentlichkeitswirksam verkündet, das gesellschaftsrechtlich noch gar nicht beschlossen ist: Ein Sprecher der Arbeitnehmerseite im VW-Aufsichtsrat stellt klar, dass das Gremium dem Neubau nicht zugestimmt hat, intern seien „etliche offene Fragen“ zu beantworten; Benner verweist darauf, dass das finale Votum „richtiger- und wichtigerweise im Aufsichtsrat der Volkswagen AG“ falle. Zweitens fällt die Ankündigung in eine Phase, in der im Konzern ein Abbau von bis zu 100.000 Arbeitsplätzen und mögliche Werksschließungen in Deutschland im Raum stehen – das gibt der Belegschaftsseite Argumente, die über den Tag hinauswirken. Drittens ist die Eigentümerstruktur politisch: Niedersachsen hält eine Sperrminorität an Volkswagen, Ministerpräsident Lies sitzt im Aufsichtsrat. Dass ein SPD-Ministerpräsident das Projekt mit Bedingungen versieht, während eine SPD-Abgeordnete von einer „Schande“ spricht, zeigt, wie weit der Vorgang in die Politik reicht.

Ein historischer Vergleich drängt sich auf: Döllner ist nicht der erste deutsche Industriemanager, der unter heiklen Umständen Trumps Nähe sucht. 2018 reisten der damalige VW-Chef Herbert Diess, Daimler-Chef Dieter Zetsche und BMW-Vertreter Oliver Zipse ins Weiße Haus, um Strafzölle abzuwenden; die Begrüßung Trumps durch den damaligen Siemens-Chef Joe Kaeser wurde vielfach als übertrieben devot wahrgenommen. Der Unterschied: Damals suchten Manager das Gespräch im Regierungssitz – diesmal trat ein Vorstandsvorsitzender auf einer Wahlkampfbühne auf, gegen die ausdrückliche Regel seines eigenen Unternehmens.

## Einordnung

Der Fall ist weniger ein Wirtschaftsskandal als ein Compliance- und Haltungskonflikt, der in einem politischen Moment eskaliert, in dem jedes Bild sofort als Parteinahme gelesen wird. Die Investition selbst ist betriebswirtschaftlich gut begründet: 1,2 Milliarden Euro Zollbelastung pro Jahr, ein um 16 Prozent eingebrochener US-Absatz, zwei Wettbewerber mit eigenen Werken in Amerika. Der Fehler liegt nicht im Was, sondern im Wie, Wo und Wann.

Ein Unternehmen, das sich schriftlich politische Neutralität verordnet und diese Selbstverpflichtung vom gesamten Vorstand unterschreiben lässt, setzt sich dem Vorwurf der Doppelmoral aus, wenn sein Vorstandsvorsitzender zehn Tage vor einer Wahl auf einer Parteikundgebung auftritt. Der Schaden ist primär ein Vertrauensschaden – nach innen gegenüber der Belegschaft, nach außen gegenüber einer Öffentlichkeit, die Compliance-Regeln ernst nimmt. Und die Verteidigung mit dem „Respekt vor dem Amt" verschiebt die Frage: Respekt vor dem Amt und Neutralität vor einer Wahl schließen einander nicht aus. Sie lassen sich vereinbaren, indem man den Termin wahrnimmt – aber nicht im Wahlkampfrahmen und nicht als Bühnenakteur. Genau diese Trennung hat Audi selbst formuliert. Dass sie im Konzern niemand zitiert, bevor die Presse es tut, ist die eigentliche Nachricht dieses Wochenendes.

## Quellen


- AUDI AG: „Booklet of Policies", Ingolstadt, April 2026 – darin „Grundsätze und Leitlinien für politische Interessenvertretung der AUDI AG" (emea-dam.audi.com); Mitteilung „Wachstum in Amerika, für Amerika", 25.10.2026.
- manager magazin: „Wahlkampfauftritt mit Trump – Döllner verstößt gegen Audi-Richtlinien", 25.10.2026.
- Deutschlandfunk: „Auftritt von Audi-Chef verstößt gegen eigene Richtlinien", 25./26.10.2026 (unter Verweis auf die Süddeutsche Zeitung).
- tagesschau.de: „Audi kündigt US-Werk an – auf Trumps Wahlkampftour", 25.10.2026; WELT/dpa: „Auftritt bei Trump: Audi will neues Werk in den USA bauen", 25./26.10.2026.
- n-tv, Der Spiegel, BILD, Tagesspiegel/Kleine Zeitung (dpa): Berichte über die Kritik von Cavallo, Benner und Cademartori, 26.10.2026.
- Reuters: „Audi CEO's appearance at Trump rally was ‚deeply embarrassing', IG Metall head says" und „Audi boss defends decision to stand by Trump at election rally", 26.10.2026.
- Bloomberg: „Trump defends tariffs at rally as he says Audi to build U.S. plant", 25.10.2026 (Modelle Q7/Q8/Q9, Scout-Werk); CNN, AP/CTV, Fox Business: Berichte über

die Kundgebung in Perry, 24./25.10.2026.

- Handelsblatt, 25.10.2026; heise/BR zum digitalen Pressegespräch Döllners, 25.10.2026; The Independent zur Zollbelastung von 1,2 Mrd. Euro, 25.10.2026.

**Redaktioneller Hinweis:** Stand der öffentlichen Berichterstattung vom 26. Oktober 2026. AUDI AG und Volkswagen AG haben sich zum Vorwurf des Richtlinienverstoßes nicht geäußert; die Prüfung in Kapitel 6 ist eine journalistische Würdigung anhand des veröffentlichten Regelwerks und des dokumentierten Sachverhalts, kein rechtliches Gutachten. Zitate aus dem Englischen wurden übersetzt.